



# AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

wie umstehend

2428

13. SEP. 1985

Betreff

wie umstehend

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Nö. Landesregierung  
Schenkenstraße 4  
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Datum: 18. SEP. 1985

Verteilt

84  
19.9.85  
Krenz  
Dr. Klein grob

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das

Bundesministerium für öffent-  
liche Wirtschaft und VerkehrElisabethstraße 9  
1011 WienZahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)  
0/1-771/132-1985

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl Datum  
2428/Dr. Hammertinger 13.9.1985

Betreff

GGSt - Novelle; Stellungnahme

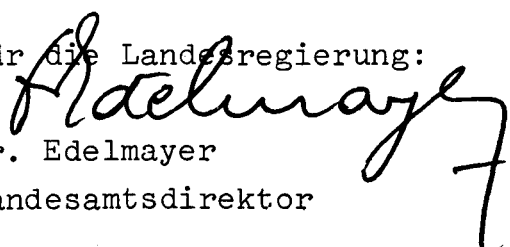
Bzg.: Do. Zl. 71.545/5-IV/2-85

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Gegen den vorgesehenen § 41a bestehen schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken. Dadurch, daß der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr über die Ausübung der der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge eingeräumten Berechtigungen in ihrer einem Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes gleichenden Funktion entscheidet, wird ihm gleichsam die Stellung einer Behörde eingeräumt. Diese würde ihre Tätigkeit neben dem Landeshauptmann, also auf gleicher Stufe mit diesem, entfalten. Eine derartige Zweigleisigkeit ist jedoch der österreichischen Bundesverfassung fremd.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor